

Maik Beermann

# Beerlin ganz nah

*Der Newsletter Ihres Bundestagsabgeordneten*

Ausgabe KW 38

Der Blick geht nach vorne 2

Religionsfreiheit weltweit schützen 3

Erste StartUpTour 3

Drittes Pflegestärkungsgesetz 4

Starke ländliche Räume 4

Starkes Signal für die Infrastruktur 4

Austausch im Verkehrsministerium 5

Kostenloses Obst an Schulen 6

Änderungen bei der Leiharbeit 7

Im Wahlkreis und in Berlin 7

7 Rodewalder Markt

7 Diskussion an der IGS Helpsen

## Der Blick geht nach vorne

Die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am Montag nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus klargestellt, dass wir alles tun, um eine Situation wie im vergangenen Jahr mit der unkontrollierten Einreise von zahlreichen Flüchtlingen künftig zu vermeiden. Dafür haben wir in der Koalition schon eine Menge auf den Weg gebracht und es wurde sowohl auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene viel erreicht, was zu einer spürbaren Reduzierung der Zahlen geführt hat:

- Wir haben das deutsche Asylrecht erheblich verschärft. Asylverfahren wurden beschleunigt, Abschiebungen werden nicht mehr angekündigt.
- Wir haben den Familiennachzug für bestimmte Gruppen und Abschiebehindernisse aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkt; es gibt inzwischen Aufnahmezentren zur Verfahrensbeschleunigung für Migranten ohne Bleibeperspektive.
- Die Verfahrensabläufe beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden verbessert und beschleunigt.
- Wir haben die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten ausgeweitet. Die Einstufung der Westbalkan-Staaten als sichere Herkunftsstaaten führte zu einem deutlichen Rückgang der Flüchtlingszahlen von dort.
- Das Ausländerrecht wurde verschärft, Hürden für die Abschiebung wurden gesenkt.
- Mit einem Integrationsgesetz setzen wir auf Fördern und Fordern. Es gibt mehr Integrationskurse. Den Städten und Kommunen helfen wir mit der Möglichkeit von Wohnsitzzuweisung, um Probleme in Ballungszentren zu vermeiden. Bisher haben allerdings nur Bayern und Baden-Württemberg davon Gebrauch gemacht.
- Die illegale Migration über die Türkei konnte vor allem dank des EU-Türkei-Abkommens weitgehend gestoppt werden.
- Wir schützen heute die EU-Außengrenzen besser als noch vor einem Jahr. Ein NATO-Marineverband unter deutscher Führung beobachtet die Bewegungen von Schleusern in der Ägäis; die Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer richtigen europäischen Grenz- und Küstenwache ausgebaut werden.
- Deutschland gibt 2,3 Milliarden Euro, um syrischen Flüchtlingen vor Ort zu helfen und eine Perspektive zu geben.

Allein diese stichwortartige und nicht abschließende Aufzählung zeigt, dass wir schon viel unternommen haben, damit sich eine Situation wie in 2015 nicht wiederholt. Hierzu ist auch Europa gefordert. Die Länder an den EU-Außengrenzen dürfen mit der Bewältigung des Migrationsgeschehens nicht alleine gelassen werden. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen in die Pflicht nehmen lassen. Fluchtursachen müssen bekämpft werden, dazu zählt vor allem auch eine aktive Politik in Afrika.

SPD und Grüne dürfen wir nicht aus der Verantwortung lassen. Es ist unverständlich, dass SPD und Grüne im Bundesrat die Verabschiedung des vom Deutschen Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossenen Gesetzentwurfs, mit dem die Liste sicherer Herkunftsstaaten um Marokko, Algerien und Tunesien erweitert wurde, nach wie vor verhindern.

Da die nächsten Landtagswahlen im Saarland erst in über sechs Monaten stattfinden, haben wir ausreichend Zeit, unsere Energie auf die zahlreichen Vorhaben zu richten, die vor uns liegen: Es geht um vernünftige Lösungen bei den Rentenvorhaben, bei denen wir Fragen der Generationengerechtigkeit und des Äquivalenzprinzips (wer mehr arbeitet, bekommt mehr Rente) in Einklang bringen müssen.

Das Bundesteilhabegesetz sollten wir intensiv beraten, um die Auswirkungen für die betroffenen Behinderten im Blick zu haben. Aktuell beschäftigt sich der Vermittlungsausschuss mit der Reform der Erbschaftsteuer und bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen werden wir als Fraktion künftig besser eingebunden. Schließlich werden wir beim Freihandel, bei den Abkommen mit Kanada und den USA, die Stimme der Vernunft sein und nicht der verlängerte Arm von SPD-Parteikonventen.

## Religionsfreiheit weltweit schützen

Abgeordnete aus der ganzen Welt waren am 14. September 2016 im Fraktionssitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu Gast. Die mehr als 100 Parlamentarier aus knapp 60 Staaten vertraten alle Weltreligionen. Afrika, aber auch Asien und Südamerika waren stark repräsentiert, zahlreiche Europäer und Nordamerikaner nahmen teil. Alle Gäste einte das unbedingte Eintreten für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, das gerade für Angehörige religiöser Minderheiten von besonderer Bedeutung ist.

Bundeskanzlerin Angela Merkel eröffnete die Internationale Parlamentarierkonferenz zur Religionsfreiheit unter großem Medieninteresse. Sie machte deutlich, dass die Religionsfreiheit als zentrales Menschenrecht im Zentrum des Einsatzes der CDU und der CSU steht und wichtiger Teil der wertegebundenen Außenpolitik der Bundesrepublik ist. Während wir auch und vor allem für bedrängte und verfolgte Christen

weltweit eintreten, gilt dieses Recht selbstverständlich für Angehörige aller Religionen. Freiheit ist der Kernbereich dessen, was unser Land ausmacht, Toleranz bei einer Abwehr der Extreme ist unabdingbar.

Eindrucksvoll belegten die Berichte, wie Parlamentarier für die Religionsfreiheit wirken können, selbst wenn ihnen oft auch enge Grenzen gesetzt sind – sei es als Christin in Pakistan, als Jesidin im Irak oder als Muslim in Myanmar. UN-Sonderbeauftragter Dr. Shaheed mahnte an, dass sich die Staaten mit muslimischer Mehrheit dringend um die Verbesserung der Lage der Konvertiten kümmern müssten. Beiträge des neuen Sonderbeauftragten der EU für internationale Religionsfreiheit, Ján Figel, des US-Sonderbotschafters für internationale Religionsfreiheit David Saperstein und anderer Referenten zeigten, dass unser Einsatz für ein wichtiges Menschenrecht nicht alleine steht. Gleichzeitig wurde deutlich, dass es auf unseren Einsatz ankommt, dass viele auf uns bauen.

## Erste StartUpTour

In dieser Sitzungswoche fand die erste und auch gleich erfolgreiche "StartUpTour" der CDU/CSU-Fraktion in Berlin statt. Insgesamt haben sich 80 Kolleginnen und Kollegen mit großem Interesse dazu angemeldet und wir haben auf dieser Tour 10 junge Unternehmen besucht. Ich habe mich mit meiner Delegation zu trecker.com auf den Weg gemacht. Ein Startup, welches digitale Lösungen für die Betriebsverwaltung im Ackerbaubereich anbietet. 2014 von zwei kreativen Köpfen gegründet, hat das Unternehmen mittlerweile 40 Mitarbeiter.



## Drittes Pflegestärkungsgesetz

Mit dem 3. Pflegestärkungsgesetz wollen wir die Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Ebene verbessern und so dafür sorgen, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Den Ländern geben wir dazu die Möglichkeit, neue Gremien und Modellprojekte

## Starke Ländliche Räume

"Starke Ländliche Räume - heute und in Zukunft" so lautete der Titel unseres Fraktionskongresses Anfang der Woche, zu dem wieder einmal viele Interessierte aus ganz Deutschland gekommen sind. Unsere ländlichen Räume dürfen nicht abgehängt werden und darauf müssen wir Antworten geben. Der ländliche Raum muss auch für die junge Generation attraktiv bleiben.

## Starkes Signal für die Infrastruktur

Ohne eine funktionstüchtige und gut ausgebaute Infrastruktur, ohne Straßen, Schienen- und Wasserwege, die ein hohes Verkehrsaufkommen bewältigen können, leidet der Produktionsstandort Deutschland. Als Land in der Mitte Europas kommt Deutschland darüber hinaus eine große Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr zu. Lieferketten zwischen Zulieferern und Hauptwerken müssen gut abgestimmt sein und die Transporte reibungslos funktionieren. Viele Menschen in Deutschland sind auf gute Verkehrswege angewiesen, wenn sie zur Arbeit pendeln.

Die unionsgeführte Bundesregierung legt mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan das stärkste Programm für die Infrastruktur vor, das es je gab. Er sieht Mittel in Höhe von 269,6 Milliarden Euro für Erhalt, Sanierung, Aus- und Neubau vor. 1.000 Baumaßnahmen werden konkret benannt. Dies ist ein klares Zeichen für den Standort Deutschland.

Der neue Bundesverkehrswegeplan setzt Schwerpunkte auf die Modernisierung der wichtigen Verkehrsachsen in Deutschland, in die etwa 70 Prozent der Mittel fließen. Aber auch für den Ausbau wichtiger Verbindungen und die Entlastung von Kommunen durch Umgehungsstraßen sind ausreichende Mittel eingeplant. Besonders berücksichtigt wird, dass viele Unternehmen in unserem Land auch in ländlichen Regionen beheimatet sind und von einer guten Verkehrsanbindung abhängen.

Eine aktuelle Liste aller Projekte in den Landkreisen Nienburg und Schaumburg finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.maik-beermann.de/projektliste-bundesverkehrwegeplan/>

zur Koordination, Kooperation und Steuerung zu schaffen. Kommunen geben wir die Möglichkeit, ihre Beratungsleistungen auszuweiten und aufzuwerten. Gleichzeitig vollziehen wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auch in der Sozialhilfe nach, passen Vorgaben zur Bekämpfung von Abrechnungsbetrug an und erhalten die Hilfe zur Pflege in ihrer Funktion als ergänzende Leistung.



## Austausch im Verkehrsministerium

Auf meine Initiative hin kamen am Dienstag dieser Woche der Schaumburger Landrat Jörg Farr, die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiativen „Mit Masse gegen die Trasse“, „Bigtab“ und „IG Cosinus“, sowie Anlieger der Pickerecke aus Seggebruch zu einem gemeinsamen Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann im Bundesverkehrsministerium zusammen, um das Schienenprojekt „Hannover-Bielefeld“ des neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) zu beraten. Ich hielt mit diesem Termin Wort, den Initiativen und Bürgern ein persönliches Gespräch im Ministerium zu ermöglichen.



Anders als die Bürgerinitiative Bigtab, welche in der Schaumburger Presse das Ergebnis des Termins kritisierte, bewerte ich das Gespräch positiv. Richtig ist, dass die Bigtab ein Fürsprecher der reinen Ausbauvariante ist. Das sind, denke ich, nahezu alle beteiligten Akteure und auch ich habe mich für den Ausbau ausgesprochen. Dass sich das Ministerium mittlerweile nicht mehr rein weg auf einen Neubau festlegt, ist jedoch bereits ebenso ein Fortschritt. Die vorher gefasste Bezeichnung der Trasse sah ausschließlich einen Neubau vor. Das Ministerium möchte sich jedoch auch mit den aus dem Wahlkreis eingereichten Alternativvorschlägen entlang der A2 oder des Mittellandkanals befassen und diese prüfen und sich nicht im Vorfeld auf eine Trasse festlegen.

Zu Beginn verdeutlichte Ferlemann den Sachstand: „Derzeit gibt es keine Trassenfestlegung. Die Bedarfsplanung durch den Bundesverkehrswegeplan ist nur eine erste Planungsstufe auf dem Weg zu einer fertigen Straße oder Schiene. Erst wenn der Gesetzgeber den Bedarf per Gesetz feststellt, kann mit einer detaillierten Planung fortgeschritten werden. Dank Hinweisen aus der Politik und Öffentlichkeit haben wir deshalb auch die Projektbeschreibung für den Entwurf des BVWP angepasst und offener gefasst. Die Tunnelpassage bei Minden wurde z.B. entfernt und eine Fernverkehrsanbindung von Minden mit aufgenommen. Der offene, neu gefasste Projektname soll verdeutlichen, dass wir eine Planung im Dialog mit der Region anstreben. So werden auch die eingereichten Vorschläge entlang der A2 oder des Mittellandkanals in die Planung einbezogen.“

Ferlemann verdeutlichte jedoch auch, dass es keine Alternative zur Nordausbauvariante gäbe. Eine Rückkehr zu einer südlichen Trasse an Rinteln vorbei werde es nicht mehr geben. Dies hätten die Machbarkeitsstudien ergeben. „Die Strecke ist nicht nur für den Deutschlandtakt, sondern auch für die Verkehre in Europa, auf den transeuropäischen Netzen, von Bedeutung. Ebenso wichtig ist der Ausbau der Strecke für die Entmischung der Güter- und Personenverkehre. Nur durch eine Trennung von langsamen und schnellen Verkehren kann auf einer angestrebte neu- oder auszubauende Strecke eine Zeitersparnis und bessere Taktung erreicht werden.“

Der Anwohner Rolf Hücker aus Seggebruch informiert sich in der folgenden Diskussion über das Thema Lärm-, Schall- und Vibrationsschutz. Ferlemann erklärte, dass es beim Neubau gesetzlich vorgeschrieben sei den bestmöglichen Lärmschutz zu berücksichtigen. Jedoch werde man auch bei einem möglichen Ausbau die Strecke schallschutztechnisch wie eine Neubaustrecke betrachten. Der Staatssekretär verwies in diesem Zusammenhang ebenso darauf, dass bis 2020 alle Güterzüge die im deutschen Streckennetz unterwegs sind, eine Umrüstung von Graugussbremssohlen auf Flüsterbremsen aufweisen müssen. „Ziel unseres Hauses ist es, bis 2020 den Schienenverkehrslärm zu halbieren – und das auch gesetzlich zu verankern“, so Ferlemann.

Katrin Hösl von der Bürgerinitiative „Masse gegen die Trasse“ wollte wissen, ob und in welcher Form eine Bürgerbeteiligung stattfinden wird. „Bei Maßnahmen dieser Größe wird es ein Dialogforum, analog zum Dialogforum Schiene-Nord für die Y-Trasse, geben. Hier wird eine ergebnis- und prozessoffene Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern stattfinden. Lediglich die definierten Parameter, wie Start- und Endpunkt und Taktzeit sind hierbei als Vorgaben bindend“, antwortete Ferlemann.

Landrat Jörg Farr erklärte: „Der offene Dialog ist Wunsch der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Schaumburg. Wichtig ist hierbei, dass ein trassennaher Ausbau nicht von vornherein ausgeschlossen ist und als Ziel erreicht werden kann.“

Thomas Rippke von der Bigtab wies noch einmal darauf hin, dass es der große Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger sei, klar zu definieren, dass im Schienenausbaugesetz der Ausbau der Strecke Haste-Minden festgeschrieben wird: „Das wäre das beste Signal für alle.“ Enak Ferlemann erklärte, dass er sich einen Ausbau sehr gut vorstellen könne. Rein rechtlich ist eine Vorfestlegung lediglich für eine einzige Ausbauvariante, ohne jegliche Prüfung von anderen Trassenführungen, jedoch nicht haltbar: „Ich habe auch Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die einen Neubau und keinen Ausbau haben wollen. Auch diese Stellungnahmen werden und müssen wir im Ministerium ernst nehmen und prüfen.“

Ich erklärt zum weiteren Verlauf: „Die Beratung der drei Ausbaugesetze Straße, Schiene und Wasser beginnt noch in dieser Woche im Plenum mit der 1. Lesung des Bundesverkehrswegeplans. Das für dieses Projekt wichtige Schienenausbaugesetz wird zudem noch im Bundesrat debattiert werden, da es ein zustimmungsbedürftiges Gesetz der Länderkammer ist. Unser gemeinsames Ziel ist und bleibt der Ausbau der Strecke Minden-Haste inclusive des bestmöglichen Lärmschutzes im aktiven und passiven Bereich. Ebenso werden wir das Thema Vibrationsschutz im Auge behalten. Ich danke allen heute Angereisten für die konstruktiven Gespräche und hoffe, dass wir auf diesem Wege zu einer gemeinsamen Lösung kommen.“

## Kostenloses Obst an Schulen

In erster Lesung haben wir in dieser Sitzungswoche den ersten Schritt unternommen, um das neue EU-Schulprogramm ab dem Schuljahr 2017/2018 umzusetzen. Die Länder sollen in Zukunft kostenlos Obst, Gemüse und Milch an Kinder und Jugendliche in Bildungseinrichtungen abgeben und

durch pädagogische Begleitmaßnahmen Kinder für einen gesunden Ernährungs- und Lebensstil motivieren können. Zu diesem Zweck hat die EU die Finanzmittel deutlich erhöht: Von EU-weit 250 Millionen Euro entfallen auf Deutschland 19,7 Millionen Euro für Schulobst und -gemüse sowie 9,4 Millionen Euro für Schulumilch.

## Änderungen bei der Leiharbeit

Mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes führen wir in der Leiharbeit eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten sowie eine Gleichstellung hinsichtlich des Arbeitsentgeltes gegenüber den Stammarbeitnehmern nach 9 Monaten ein. Abweichungen hiervon sind unter bestimmten Voraussetzungen durch Tarifverträge möglich. Darüber hinaus führen wir eine Berücksichtigung von Zeitarbeitnehmern bei den Schwellenwerten im Betriebsverfassungsgesetz ein und stellen klar, wie das Arbeitnehmerverhältnis in Abgrenzung zu einem Werk- oder Dienstleistungsverhältnis zu definieren ist. Um darüber hinaus den Missbrauch bei Werk- und Dienstvertragskonstellationen vorzubeugen, soll der Arbeitgeber künftig von vornherein festlegen müssen, ob der Arbeitnehmer per Zeitarbeit beschäftigt wird.

## Im Wahlkreis und in Berlin

Am Anfang der Sitzungswoche traf ich mich mit dem Schaumburger CDU-Kreisvorsitzenden Klaus-Dieter Drewes in meinem Berliner Büro. Mir ist der persönliche, politische und inhaltliche Austausch nicht nur im Wahlkreis wichtig, sondern auch während der Sitzungswochen in Berlin.



## Rodewalder Markt

Bei bestem Wetter besuchten über 10.000 Menschen in diesem Jahr den Rodewalder Markt. Ein Besuch hat sich auch in diesem Jahr wieder gelohnt!



## Diskussion an der IGS Helpsen

Mit etwa 280 Schülerinnen und Schülern des 9. und 10. Jahrgangs der IGS Helpsen führte ich in der vergangenen Wahlkreiswoche eine tolle Diskussion. Positiv beeindruckt hat mich, dass sie sehr gut vorbereitet und auch nach dem offiziellen Teil noch in Diskussionslaune waren. Vorbildlich auch, wie die IGS bereits auf das Thema digitale Bildung setzt und die Jahrgänge nach und nach mit Tablets und sinnvollen Anwendungen ausstattet.

